



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

04.06.03

Umbau Hauptbahnhof und Hannibalverkauf

Presseerklärung

1. Hauptbahnhof – Sind die Segel gestrichen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die neuerliche Verzögerung beim Umbau des Hauptbahnhofes zum Anlass nehmen, einen Klärungsprozess über die tatsächlichen Interessenlagen der Projektbeteiligten herbeizuführen. Dazu gehört eine Informationspolitik, die die politischen VertreterInnen auf lokaler Ebene ausdrücklich einbezieht. Auf GRÜNEN Antrag hin wurde deshalb in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen die Einrichtung eines Runden Tisches unter Beteiligung der örtlichen Politik beschlossen.

Dazu gehört auch, dass schleunigst Licht in das Thema Gefahrguttransporte gebracht wird. Aus unserer Sicht handelt es sich in diesem Fall um eine Verzögerungsstrategie der Bahn AG und einen deutlichen Unwillen, das Projekt mit dem Investor Sonae auf den Weg zu bringen. Der Hintergrund ist unter dem Gesichtspunkt des bisherigen Umgangs mit Gefahrguttransporten jedoch nicht uninteressant. Offensichtlich gibt es die Befürchtung, dass der Hauptbahnhof seitens des Eisenbahnbundesamtes eine Sperre für Gefahrguttransporte auferlegt bekommt, die bisher ungehindert passieren können, obwohl es Umgehungsstrecken gibt. Von daher sollte nicht nur der Ist-Zustand erläutert werden, sondern auch Handlungsoptionen aufgezeigt werden. Klar ist, dass der Umbau des Bahnhofes nur Anlass für eine Prüfung ist, die schon von Anfang an vorgenommen hätte werden können und müssen.

Bei den PolitikerInnen verstärkt sich der Eindruck, nicht bzw. falsch informiert zu werden. Die Haltung des Oberbürgermeisters ist geprägt von dem Willen, sich nicht beschädigen zu lassen, nachdem er sich immer für das Projekt an sich, aber auch für den umstrittenen Investor stark gemacht hat, den die Bahn AG bekanntlich nur notgedrungen akzeptiert hat. Wir werden



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

deshalb die Ratssitzung zum Anlass nehmen, die Umsetzung des im AUSW beschlossenen Antrages einzufordern. Eine direkte Einbeziehung der Kommunalpolitik in die Krisengespräche ist ebenso notwendig, wie eine sachgerechte Aufklärung über die tatsächlichen Vorgänge zwischen den Projektbeteiligten durch Langemeyer. Auf keinen Fall sind wir bereit, eine Laissez-faire-Haltung wie die SPD-Fraktion einzunehmen, die klaglos schluckt, was an Desinformation präsentiert wird. Wir sind gespannt, was der OB noch alles unter dem Teppich hält.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass zukünftig die Planungen für das Hotelsegel und den Bahnhof getrennt voneinander weiterverfolgt werden. Aus unserer Sicht bestätigt sich damit der Verdacht, dass der potenzielle Investor für das Segel sich anderweitig orientiert hat und dem Dortberghaus den Vorzug gibt. Auch hier ist festzustellen, dass die Stadtspitze, die in diesem Fall direkt verhandelt hat, entsprechende Nachfragen nicht beantwortet und aktiv zur Vernebelung des unrühmlichen Verlaufs des Bahnhofprojektes beiträgt.

2. Verkauf des Hannibal in Dorstfeld – GRÜNE werden Entwicklung im Interesse der MieterInnen kritisch beobachten

Unbestritten war der Hannibal seit seinem schrittweisen Niedergang wirtschaftlich gesehen für die DOGEWO ein Verlustträger. Die Ursachen für zunehmende Probleme im Hannibal liegen im Wesentlichen in den Planungsfehlern der 60er und 70er Jahre begründet, als solche schwer steuerbaren großen Wohneinheiten gebaut wurden. Aufgrund der öffentlichen Förderung und Belegung galt der Hannibal, wie andere Großwohnanlagen auch, lange Zeit als sozialer Brennpunkt.

Seit einigen Jahren hat die DOGEWO aufgrund eines Leerstandes von einem Drittel der Wohnungen in das soziale Management vor Ort (WohnBund-Beratung) investiert. Die Arbeit hat zwar weder zu einem allgemeinen Imagewechsel, noch zu einer Verminderung des Leerstands geführt, aber die BewohnerInnen fühlen sich subjektiv wohler und sicherer. Der Vandalismus konnte z. B. durch diese Bemühungen unterbunden werden.

Trotz dieses Zugewinns an Wohnqualität ließ sich das Vermarktungsproblem bisher nicht lösen. Die DOGEWO kann so gesehen sicher aufatmen, dass sie mit dem Verkauf des Hannibal ihre Bilanzen kräftig aufbessern kann. Dennoch ist das Vorgehen der DOGEWO kritisch zu sehen. Die Verhandlungen mit den neuen Eigentümern wurden unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt und zum Abschluss gebracht – offensichtlich fürchtete die DOGEWO zu Recht die Kritik von Politik und Mieterverein, zumal neben dem Hannibal auch noch Bestände in der Nordstadt und in Wickede aufgegeben wurden.

Die neuen Eigentümer des Hannibal sind Neulinge in der Wohnungswirtschaft, die als kapitalkräftige und im Steuerrecht kundige Käufer in erster Linie daran interessiert sind, Verluste steuerlich geltend zu machen und damit ihr Kapital zu vermehren. Von daher ist



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

nicht zu erwarten, dass das wohnungswirtschaftliche Engagement im Vordergrund steht bzw. überhaupt entsprechende fachliche Kompetenz vorliegt.

Dafür sprechen Aussagen der neuen Eigentümer, die anscheinend die Auffassung vertreten, dass ein straffes Regiment soziale Probleme löst. Ganz abgesehen davon, dass es Mieterschutz durch Mietrecht gibt, ist eine solche Ankündigung wenig vertrauensbildend. Es bleibt zu hoffen, dass die auslaufenden Verträge mit der Wohnbund-Beratung mit dem neuen Eigentümer erneuert werden. Ansonsten ist zu befürchten, dass die alten Zustände (Vandalismus, Müllabladestelle etc.) wieder einziehen und die MieterInnenstruktur sich negativ verändert.

Von daher ist mehr als fraglich, ob die angekündigte Bereitschaft, Investitionen vorzunehmen, auch tatsächlich umgesetzt wird. Bei den Immobilien, die im Vorfeld bereits von der DOGEWO verkauft worden sind, haben solche Investitionen bis zum heutigen Tag nicht stattgefunden.

BÜNDNDIS 90/DIE GRÜNEN ziehen aus den bekannten Informationen folgendes Fazit: Die Entwicklung im Hannibal muss genau beobachtet werden, um ein wohnungspolitisches Desaster zu vermeiden. Wir werden uns in jedem Fall darum kümmern, was mit den MieterInnen geschieht, ob es Beschwerden gibt und ob die angekündigten Investitionen tatsächlich getätigt werden.

Wir vertreten darüber hinaus die Auffassung, dass die DOGEWO den Ausverkauf ihrer Bestände stoppen und ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den MieterInnen gerecht werden sollte. Veräußerungen sollten – wenn überhaupt – nicht an Privatinvestoren erfolgen, die in erster Linie an Abschreibungsgeschäften interessiert sind.